

## **Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953**

Die Geschichte der späteren großen Krisen in den Ostblockstaaten (Tschechoslowakei 1968, Ungarn und natürlich Polen 1956) ist in Polen verhältnismäßig gut bekannt. Es gibt jedoch Ereignisse, die im Bewußtsein der polnischen Gesellschaft heute nur noch sehr schwach präsent sind und die kein Forschungsinteresse hervorgerufen haben. Zu jenen Ereignissen gehören zweifellos die dramatischen Vorgänge in der DDR von Juni 1953, die zum ersten Massenaufstand gegen das kommunistische System im sowjetisch dominierten Ost-Mitteleuropa geführt haben. Es wird hier selten daran gedacht, daß die Vorläufer der heldenhaften Bewohner von Budapest, Prag, Warschau oder Danzig, die sich gegen ihre Armut und die Lügen der kommunistischen Propaganda aufgelehnt haben, eben die Bewohner von Ost-Berlin waren. In den Folgejahren wurde die DDR-Gesellschaft fast vollständig unterworfen und entmündigt, so daß sie den Polen als ein Volk treuer Befürworter der kommunistischen Staatsmacht, zumindest jedoch als ihr gegenüber passiv galt. Auch dies hat dazu geführt, daß man heute feststellen kann, daß dieser erste massenhafte und blutig niedergeworfene Protest gegen die kommunistische Vorherrschaft im polnischen Geschichtsbewußtsein keinen Platz gefunden hat; die Polen verbinden das Jahr 1953 daher vor allem mit dem Tode Stalins, teilweise auch mit der Entmachtung Berijas. Die vor 1989 in Polen publizierten Veröffentlichungen über die DDR hatten zum großen Teil reinen Propagandacharakter und konzentrierten sich hauptsächlich auf die Darstellung der Entwicklung der DDR als eines sozialistischen Staates. Von daher ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Juni-Aufstand in DDR – in einem Werk

Mieczyslaw Tomalas über die deutsch-polnischen Beziehungen – noch im Jahre 1987 als „konterrevolutionärer Putsch“ dargestellt wurde<sup>1</sup>.

Allerdings erschienen in den 80er Jahren in sogenannten Untergrundverlagen (z.B. „NOWA“, „KRET“, „KRYTYKA“), d.h. also ohne Kontrolle der Zensur, Publikationen über den Juni-Aufstand in der DDR, die innerhalb der sonstigen polnischen historischen Literatur eine gewisse Ausnahme darstellten. Es wurden damals z.B. Memoirenfragmente<sup>2</sup> und Analysen der Ereignisse<sup>3</sup> publiziert; auch die Beurteilung der Juni-Ereignisse durch die DDR-Gesellschaft, und insbesondere der Standpunkt der Intellektuellen gegenüber den Ausschreitungen wurde berücksichtigt<sup>4</sup>.

Ein zusätzliches Problem bei der Erforschung der Juni-Ereignisse in DDR bestand für polnische Historiker schließlich auch darin, daß sie keinen Zugang zu den Archiven der ehemaligen DDR hatten.

Bereits das Auffinden, und auch die Auswertung der polnischen Literatur zu diesem Thema machte mir deutlich, wie schwierig es für die Polen war, die Ereignisse korrekt zu rekonstruieren. Dies gilt nicht nur für ihre rein deskriptive Darstellung, sondern auch für die Skizzierung des breiteren Hintergrunds, vor dem sie sich abspielten. Diese ungünstige Situation in der polnischen Geschichtsschreibung hat sich leider auch nach 1989 nur wenig verändert, obwohl es ansonsten durchaus zu wichtigen Veränderungen für die Historiker kam<sup>5</sup>: Mit der Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft, und auch dem Verschwinden der DDR, entfiel der politische

---

<sup>1</sup> Mieczyslaw Tomala, Warszawa-Berlin-Bonn, Szczecin 1987, S. 87. Ein anderes Urteil vertritt der Verfasser in seiner letzten Arbeit. Vgl. Ders., *Patrzac na Niemcy. Od wrogosci do porozumienia 1945–1991* (Blick auf Deutschland. Von der Feindschaft bis zur Verständigung 1945–1991), S. 107–109.

<sup>2</sup> Vgl. Heinz Brandt, *Funkcjonariusz SED w opozycji* (SED-Funktionär in der Opposition), in: Berlin 1953, ausgewählt, übersetzt und mit Einführung von Emil Ast, Warszawa 1988, S. 9–24 und Hans Meyer, *NRD – odwilz, ktorej nie bylo* (Die DDR – das Tauwetter, das es nicht gab), Warszawa: NOWA, 1981.

<sup>3</sup> Berlin 1953, ausgewählt, übersetzt und mit der Einführung von Emil Ast, Warszawa: KRYTYKA, 1988.

<sup>4</sup> Henryk Nizanski, *17 czerwca. Historia i literatura* (Der 17. Juni. Geschichte und Literatur), Wrocław: KRET, 1988.

<sup>5</sup> Zwar ist noch 1990 eine Monographie über die Geschichte der DDR in den Jahren 1949–1961 von Jozef Fischer erschienen, aber die kleine Auflage und Probleme mit dem Zugang zu dieser Publikation haben ihre Resonanz in Polen wesentlich eingeschränkt. Außerdem entspricht diese Publikation nicht der neuesten Forschung, die auf den neuen Quellen basiert. Vgl. Jozef Fischer, *Geneza i rozwój NRD w latach 1949–1961* (Die Genese und Entwicklung der DDR in den Jahren 1949–1961), Warszawa 1990, S. 430–467.

Faktor, der die Forschung bis dahin wesentlich beeinflusst hatte. Auch die Öffnung der Archive für die historische Forschung hat neue Perspektiven geschaffen.

Bei Archivrecherchen im Staatsarchiv in Wroclaw (Breslau) stieß ich zufällig auf die Tagesberichte des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (Ministerstwo Bezpieczenstwa Publicznego), die sich auf die Reaktion der polnischen Gesellschaft in Niederschlesien auf die Juni-Ereignisse in der DDR bezogen. Diese Entdeckung hat dann zu weiteren Nachforschungen angeregt, deren Ergebnisse schließlich in Form eines Buches zusammengefaßt wurden, das 1998 erschienen ist<sup>6</sup>. Im Referat stelle ich in aller Kürze die Reaktion der polnischen Führung auf die Ereignisse in der DDR sowie die Haupttendenzen in der damaligen polnischen Propaganda dar. Ferner zeigen ich die Resonanz in der polnischen Bevölkerung. Schließlich gehen ich auf einige Gerüchte ein, die im Zusammenhang mit den Juni-Aufstand in der polnischen Bevölkerung kursierten. Mein Referat kann natürlich nur auf einige ausgewählte, mir am wichtigsten erscheinende Aspekte hinweisen. Und vielleicht kann er auch einen Anstoß zu einer Diskussion über den Grad der Unterordnung der polnischen Gesellschaft unter die kommunistischen Machthaber in der ersten Hälfte der 50er Jahre liefern.

Die polnische Regierung und Parteiführung haben anfänglich gar nicht auf die Ereignisse im Nachbarland reagiert. Noch am 17. Juni 1953 fand im Gebäude des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei (im folgenden PVAP) eine Parteisitzung statt, bei der Boleslaw Bierut, Premierminister und Erster Sekretär der PVAP, eine Rede hielt. Er kritisierte darin die Arbeit der Wojewodschaftsinstanzen der PVAP, u.a. deren mangelnde Einsicht in die internationale Situation und überhaupt ihren Mangel an Interesse für diese Problematik. Vor diesem Hintergrund ist es dann besonders charakteristisch, daß Bierut über die Ereignisse in der DDR kein einziges Wort verlor, obwohl er – seiner Meinung nach – doch alle wichtigen aktuellen internationalen Geschehnissen aufgezählt hatte<sup>7</sup>. Auch in den Protokollen der Sitzungen des Politbüros, des Organisationsbüros und der beiden Sekretariate des ZK finden

---

<sup>6</sup> Vgl. Andrzej Malkiewicz, Krzysztof Ruchniewicz, Pierwszy znak solidarnosci. Polskie odglosy powstania ludowego w NRD w 1953 r. (Das erste Zeichen der Solidarität. Das polnische Echo auf den Volksaufstand in der DDR im Jahre 1953), Wroclaw: ARBORETUM, 1998.

<sup>7</sup> Archiwum Akt Nowych (Archiv der Neuen Akten, fortan AAN, Sign. 2259. Stenogram przemowienia przewodniczacego KC PZPR tow. Boleslawa Bieruta na naradzie partyjnej w KC w dn. 17 czerwca 1953 r. (Stenogramm der Rede des Vorsitzenden des ZK der PVAP, Genossen Boleslaw Bierut, während der Parteisitzung im ZK am 17. Juni 1953.

sich keinerlei Informationen zu diesem Thema<sup>8</sup>. In den Archivmaterialien gibt es ebenfalls keine Hinweise darauf, daß etwa eine Sondersitzung des ZK der PVAP berufen wurde, um die Situation in der DDR zu analysieren oder über die Auswirkungen der DDR-Ereignisse auf Polen zu diskutieren. Etwas mehr Licht auf die Reaktion der polnischen Führung werfen hingegen die Berichte der damals in Warschau akkreditierten DDR-Diplomaten. Ihrer Meinung nach wurde die polnische Führung von den Ereignissen völlig überrascht. Verwundern kann allerdings die Tatsache, daß es den Mitarbeitern der Diplomatischen Mission der DDR in den ersten Tagen nach dem 17. Juni nicht gelang, überhaupt direkten Kontakt mit der polnischen Führung aufzunehmen<sup>9</sup>. Einer der Gründe für das Ausbleiben einer raschen Antwort der polnischen Führung war, so scheint es, daß sie zunächst abwarten wollte bis sich die Situation in der DDR geklärt und stabilisiert hatte.

Am 23. Juni beschloß die polnische Regierung dann schließlich, der DDR Wirtschaftshilfe anzubieten. Besonders bedeutsam war dabei die Lieferung von (in der DDR defizitären) fossiler Brennstoffe, vor allem Kohle. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Polen damals bereits große Probleme mit der Rohstoffversorgung des eigenen Landes hatten. Vor diesem Hintergrund kann man in etwa einschätzen, daß dieser Beschluß des polnischen Außenhandelsministeriums, der zwar eine große Hilfe für die DDR, jedoch eine zusätzliche Last für Polen bedeutete<sup>10</sup>, eine durchaus große Besorgnis der polnischen Führung über die weitere Entwicklung in der DDR widerspiegelte.

---

<sup>8</sup> Man kann selbstverständlich nicht ausschließen, daß die entsprechenden Passagen von Reden oder Diskussionen nicht hinreichend protokolliert wurden.

<sup>9</sup> Vgl. den Bericht des Chefs der diplomatischen Mission bei der Regierung der Republik Polen vom 23. Juni 1953: „Ereignisse am 16. und 17. Juni in Berlin und der DDR“, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (fortan PAAA, Bestand MfAA), A 1631.

<sup>10</sup> Es ist erwähnenswert, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsgespräche, die in der zweiten Juni-Hälfte begannen, auch in den folgenden Wochen fortgesetzt wurden. Sie führten zur Unterzeichnung eines „Protokolls über zusätzliche gegenseitige Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen“ am 27.07.1953 in Berlin. Die DDR-Seite erreichte die Erhöhung der Einfuhr vor allem von Kohle und Lebensmittel. Im Oktober 1953 wurde eine geheime Vereinbarung geschlossen, die die Lieferung von 2 Mio. Tonnen Kohle an die DDR bis Ende 1953 vorsah. Diese Kohle sollte aus dem für die UdSSR vorgesehenen Kontingent stammen. Das Protokoll über zusätzliche ... wurde abgedruckt in: Die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. Dokumente und Materialien 1949–1955, Berlin 1986 S. 264–265. Zur geheimen Vereinbarung vgl.: J. Fiszer, op. cit., S. 478.

Die Führung der PVAP war von den Ereignissen in der DDR sehr beunruhigt. Zwar behauptete die propagandistische Interpretation nach außen stets, daß ausschließlich westliche Provokationen die Unruhen ausgelöst hätten, aber man war sich zumindest teilweise bewußt, daß auch innere Gründe für den Ausbruch der Unruhen bestanden – nicht zuletzt, weil ähnliche Umstände auch in Polen vorlagen. Man befürchtete, daß derartige gesellschaftliche Proteste auch in Polen stattfinden könnten. Immerhin war in Polen ebenfalls auch eine Aktion zur Erhöhung der Arbeitsnormen durchgeführt worden, wie sie in der DDR bekanntlich der Auslöser der Proteste gewesen war, und sie fiel in Polen mit ca. 20% sogar noch drastischer aus als dort. Außerdem befürchtete man, daß die DDR-Ereignisse ungünstige Reaktionen bei den in Polen lebenden Deutschen hervorrufen könnten, die der polnischen Bevölkerung von der kommunistischen Propaganda unabhängige Informationen aus deutschsprachigen Sendern weitergeben konnten. Man rechnete zudem damit, daß sich die Bevölkerung des westlichen Teils von Polen, d.h. der ehemaligen deutschen Ostgebiete, noch unsicherer fühlte: alle politischen Komplikationen in Deutschland konnten bei der polnischen Bevölkerung in diesen Gebieten nervöse Reaktionen auszulösen.

In dieser Situation legte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit nun eine besondere Aufmerksamkeit an den Tag. Schon am 19. Juni 1953 richtete es ein Rundschreiben mit der Nummer AC-R/1022 an alle Wojewodschaftsämter Polens, worin es allgemein eine gesteigerte Wachsamkeit im Zusammenhang mit den DDR-Ereignissen empfahl. Darüber hinaus empfahl es, insbesondere die Stimmung unter den Belegschaften der Betriebe, wo die neuen Arbeitsnormen eingeführt worden waren, zu kontrollieren, wozu die Tätigkeit der Informanten in den Betrieben zu intensivieren sei, ggf. auch neue Informanten anzuwerben seien. Die Wojewodschaftsämter mußten die Warschauer Zentrale über alle ihnen bekannten Ereignisse, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Situation in der DDR standen, detailliert informieren. Außerdem wurde die Verstärkung der Überwachung gefährdeter Gebäude angeordnet. Die Arbeit der dem Warschauer Ministerium untergeordneten Dienststellen sollte jedoch „keine Unruhe oder Nervosität unter der Bevölkerung infolge dieser Verordnungen“ hervorrufen<sup>11</sup>. Der Befehl der Zentrale wurde auf der Wojewodschaft-

---

<sup>11</sup> Archiwum Urzedu Ochrony Panstwa (Archiv des Amtes zum Schutz des Staates, fortan AU-OP), Pismo okolne Ministerstwa Bezpieczenstwa Publicznego z 19 czerwca 1953 r. (Rundschreiben des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit vom 19.06.1953).

sebene mit großer Sorgfalt durchgeführt. Alle Kommentare, die Ausdruck gesellschaftlicher Unzufriedenheit waren, wurden sehr genau notiert. Auf die entsprechenden Berichte komme ich später noch zurück.

Die polnische Regierung und Parteiführung waren über den Verlauf des Juni-Aufstandes verhältnismäßig gut informiert. Die Führung der kommunistischen Partei erhielt regelmäßig Bulletins, die sie mit Informationen aus „Radio Free Europe“ und aus anderen polnischsprachigen Sendern aus dem Westen Europas unterrichtete. Sie verfügten außerdem auch über Information aus eigenen Quellen, vor allem vom Sicherheitsdienst, von den verschiedenen Parteiinstanzen sowie vom Auswärtigen Amt. Daß die Vorgänge in der DDR mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, beweisen mittelbar z.B. die ausführlichen Notizen und Berichte der Polnischen Diplomatischen Mission in Ost-Berlin<sup>12</sup>. Im folgenden möchte ich einige generelle Bemerkungen daraus vorstellen. Die Autoren des ersten Berichtes (für den Zeitraum vom 01. bis 20. Juni 1953) beschäftigten sich vor allem mit den Gründen für den Ausbruch der Unzufriedenheit in Berlin bzw. der gesamten DDR. Die Hauptgründe für die Zunahme der Krisensituation suchten sie in der fehlerhaften Wirtschaftspolitik der Regierung, vor allem in einer übermäßigen Zunahme der Investitionen in die Schwerindustrie bei entsprechender Vernachlässigung der Leichtindustrie, sowie in der Einrichtung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Ergebnisse dieser Politik hätten vor allem eine Verschlechterung der Situation für die Bevölkerung bewirkt (gewaltige Abnahme des privaten Unternehmungsgeistes in den Städten und Dörfern, die Rücknahme von Krediten, Aufhebung der Zuteilung von Rohstoffen und dergleichen). Die so entstandenen Schwierigkeiten habe man, durch administrative Verordnungen zu lösen versucht, wobei das Tempo der Umsetzung der sozialistischen Reformen zusätzlich beschleunigt wurde. Gleichzeitig wurde eine strikte Sparpolitik eingeführt, was die Versorgungslage mit Konsumgütern weiter verschlechterte. Schließlich ordnete man an, daß Bauern, die mit ihren Lieferungen im Rückstand waren oder Steuern hinterzogen hatten, mit Geldstrafen belegt, oder gar verhaftet und/

---

<sup>12</sup> Im Archiv des Auswärtigen Amtes in Warschau ist ein großer Teil dieser Materialien erhalten geblieben. Für diesen Aufsatz wurden folgende Berichte benutzt: Raport polityczny Misji Dyplomatycznej PRL w Berlinie za okres od 1–20 czerwca 1953 oraz od 21 czerwca do 31 lipca 1953 (Politischer Bericht der Diplomatischen Mission der Volksrepublik Polen in Berlin für den Zeitraum vom 01–20.06.1953 sowie vom 21.06.–21.07.1953); Protokół narady odbytej w dniu 22 czerwca 1953 r. dla omowienia raportu politycznego w MD PRL za okres od 1–20 czerwca 1953 (Protokoll der Sitzung, die am 22.06.1953 zur Besprechung des politischen Berichtes der Diplomatischen Mission der Volksrepublik Polen für den Zeitraum 1–20.06.1953 stattfand.)

oder enteignet wurden. Dieses Strafsystem betraf auch Unternehmer, Händler und Handwerker. Die Autoren des Berichtes wiesen darauf hin, daß eine der Hauptfolgen dieser restriktiven Politik ein großer Anstieg der Flüchtlingszahl war. Der auf diese Weise zunehmende Arbeitskräftemangel hatte wiederum einen negativen Einfluß auf die Produktion. Viele Fehler machten die DDR-Machthaber nach Einschätzung der polnischen Diplomaten auch im Umgang mit der evangelischen Kirche. Die Einführung des „Neuen Kurses“ und die Aufhebung einiger restriktiver Maßnahmen der Vergangenheit fand dagegen – was die Berichte besonders hervorhoben – nur mit „administrativen Mitteln, ohne eine große politisch-ideologische Kampagne, ohne verstärkte Agitation und Propaganda, [...] ohne ausreichende Aufklärung der Parteimitglieder“ statt. Eine Folge dieser mangelhaften Informationspolitik war letztlich, daß „sogar das Parteiaktiv eine Woche lang desorientiert lief und nicht wußte, was es machen soll“. Es fällt auf, daß in dem Bericht nur die Partei allgemein, aber nicht konkrete Personen für die Mißstände in der DDR verantwortlich gemacht wurden. Zwar zeichnet sich der bisher zitierte Teil des Berichtes durch treffende Bemerkungen und Schlußfolgerungen aus, im weiteren geben die Autoren diesen Stil jedoch auf und gehen zu einer deutlich von der offiziellen Propaganda geprägten Rhetorik über: Angeblich gab es eine imperialistische Verschwörung, die die Schwierigkeiten der SED-Führung und die begründete Unzufriedenheit unter den Arbeitern zur Zerstörung des Sozialismus in der DDR und zur „Torpedierung des Friedens“ ausnützen wollte. Diese Rhetorik wird auch in anderen Berichten angewandt. So sollten die Ausschreitungen der Arbeiter ein Beweis dafür sein, daß „in einem Teil der Arbeiterklasse der DDR immer noch Überreste des Hitler-Faschismus und eine bedrohliche anti-sowjetische Stimmung vorhanden waren“. Aufgrund dieser Berichte könnte man zum Schluß kommen, daß die polnischen Diplomaten der Bevölkerung der DDR zwar fundierte Gründe für die Unzufriedenheit einräumten, aber gleichzeitig von ihr erwartete, daß sie ihrer Partei noch einmal vertrauen schenkt und in Ruhe die „Vorteile“ der eben erst eingeführten Politik des „Neuen Kurses“ abwartete.

Sicherlich kann man feststellen, daß die polnischen Diplomaten über die Gründe der Krisensituation in der DDR gut informiert waren. Immerhin haben sie sie ausführlich beschrieben. Deren im allgemeinen zutreffende Beurteilung des Juni-Aufstandes ist jedoch mit der für die damalige Zeit typische Weise der Weltbetrach-

tung belastet. Die Hauptgefahr für den kommunistischen Apparat sah man nicht in Fehlern der Regierenden, sondern in einer Verschwörung fremder Mächte.

Haben die polnischen Machthaber, die diese Berichte zweifellos studiert haben, dennoch die richtigen Schlüsse gezogen? Der Arbeiteraufstand im Juni 1956 in Posen bewies das Gegenteil: Die DDR-Ereignisse waren nicht ausreichend analysiert worden; wenn überhaupt, dann mit großer Verspätung und zu oberflächlich.

Die Ereignisse in DDR wurden auch auf den Plenarsitzungen der Wojewodschaftskomitees der PVAP diskutiert. Mit den Berliner Vorfällen beschäftigte sich beispielsweise das Plenum des Wojewodschaftskomitees im oberschlesischen Katowice (Kattowitz, damals seit kurzem „Stalinograd“<sup>13</sup>), das am 23. Juni 1953 tagte. Während der Sitzung stellte Piotr Mazelon, der Erste Sekretär des Stadtkomitees in Stalinograd, fest, der „Klassenfeind“ in der DDR habe „manche Fehler“ der dortigen Partei ausgenützt, woraus die PVAP die richtigen Schlüsse ziehen müsse. Vor allem bestehe die Notwendigkeit zum „Kampf gegen den Bürokratismus, der die Parteiorganisation unter Druck setzt“, andererseits die Pflicht zur „Wachsamkeit, solange die kapitalistische Umgebung existiert, solange die amerikanische Tyrannei [wörtlich „mordokracja“ = etwa „Mörderherrschaft“] besteht, die die eigenen Bürger – wie die Rosenbergs – vernichtet [...]. Die genannten Beispiele sollten für uns ein Warnsignal sein“<sup>14</sup>. Der auf dieser Sitzung anwesende Sekretär des ZK, Roman Zambrowski (gleichzeitig Mitglied des Staatsrates und der Vorsitzende des Sonderkommission zur Bekämpfung der Unterschlagung und der wirtschaftlichen Sabotage), sprach im Schlußwort der Sitzung von einer „amerikanisch-Adenauer’schen Provokation“, merkte jedoch gleichzeitig an, daß „die Fehler, die von der Führung unserer Schwesterpartei in der DDR gemacht worden sind, jener zweifelsohne eine Grundlage zur Verfügung stellten“. Konkret nannte er als Fehler der SED: die Aufgabe des Ziels der Wiedervereinigung, ein beschleunigter Kurs beim Aufbau des Sozialismus, Ignoranz

---

<sup>13</sup> Katowice (Kattowitz) wurde 1953 in Stalinograd (deutsch etwa „Stalinstadt“) umbenannt. Drei Jahre später, in der sogenannten Tauwetterperiode, bekam es den Namen Katowice zurück.

<sup>14</sup> AP Katowice, Zespol: Komitet Wojewodzki PZPR w Katowicach (Staatsarchiv in Katowice, Bestand: Wojewodschaftskomitee der PVAP in Katowice, fortan KW PZPR Katowice), Sign. 301/II/15. Protokoll nr 2 z posiedzenia Planum Komitetu Wojewodzkiego PZPR w Stalinogrodzie odbytych w dniu 23 czerwca 1953 r. (Protokoll der Plenarsitzung der Wojewodschaftskomitees der PVAP in Stalinograd am 23.06.1953).



gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiter, sowie eine übermäßige Erhöhung der Arbeitsnormen<sup>15</sup>.

Solche nüchterne Beurteilungen der Lage in der DDR blieben jedoch die Ausnahme. Das Thema der Ereignisse in der DDR wurde auch noch auf der nächsten Plenarsitzung des Komitees in Stalinogrod/Katowice, die am 13. August 1953 stattfand, angesprochen. Die Äußerung von Jozef Olszewski, des Ersten Sekretärs, erinnerte an die offizielle Propaganda, die für die Planung und Durchführung des Aufstandes „amerikanische Imperialisten“ verantwortlich machte<sup>16</sup>. Olszewski kritisierte auch den Mangel an Wachsamkeit bei den Parteiinstanzen, die sich der Verbreitung „feindlicher Propaganda“ nur in ungenügender Weise widersetzt hätten.

Die Nachrichten aus der DDR sowie die Informationen über die Reaktion auf den Aufstand in Polen haben die Kommunisten indessen nicht nur zur Verstärkung der Überwachung der Gesellschaft bewogen. Auf einer Sitzung am 7. August lehnte die Exekutive des Wojewodschaftskomitees der PVAP in Breslau einen Beschluß des Präsidiums des Nationalen Stadtrates in Breslau ab, der eine Erhöhung der Wohnungsmieten um 100% vorsah. Die Exekutive begründete ihre Entscheidung damit, daß die Verteuerung der Mieten so kurz nach der Einführung der erhöhten neuen Arbeitsnormen zu einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Mißstimmung führen könnte. Sie faßte diesen Beschluß vor allem wegen der „jüngsten Ereignisse in der DDR sowie der Zunahme der feindlichen Propaganda durch die ausländischen Sender“<sup>17</sup>.

Andere Schritte wurden in der oberschlesischen Wojewodschaft Stalinogrod/Katowice unternommen, was vor allem die dortige sogenannte „autochthone“ Bevölkerung betraf. Jerzy Ratajczak, der Erste Sekretär des Kreiskomitees der PVAP in Bytom (Beuthen), äußerte sich im Februar 1954 wie folgt: „Seit dem Tag X, als wir eine aktivere Arbeit in den Betrieben begannen, wurde die Frage der Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen eng mit der Abwehrkraft unserer Nation und des Friedenslagers verbunden. Es ergab sich, daß alle Zweifel, die bei der Bevölkerung vorhanden

---

<sup>15</sup> Ibidem.

<sup>16</sup> AP Katowice, KW PZPR Katowice, Sign. 301/II/14. Protokoll nr 2 z posiedzenia Plenum Stalinogrodzkiego KW PZPR odbytego w dniu 13 sierpnia 1953 r. (Protokoll Nr. 2 der Plenarsitzung des Stalinogroder Wojewodschaftskomitees der PVAP am 13.08.1953.)

<sup>17</sup> AP Wroclaw, KW PZPR Wroclaw (Staatsarchiv Wroclaw, Wojewoschaftskomitee der PVAP, fortan AP Wroclaw, KW PZPR Wroclaw), Sign. 74/IV/47. Protokoll nr 31 z posiedzenia egzekutywy Komitetu Wojewodzkiego PZPR we Wroclawiu z dnia 7 sierpnia 1953 r. (Protokoll Nr. 31 der Sitzung der Exekutive des Wojewodschaftskomitees der PVAP in Wroclaw am 7.08.1953).

waren, ihre Erklärung allein darin fanden, daß der hitlerische Feind, sowie ihm ähnliche Elemente seitens der westlichen Revisionisten, hetzerische Gerüchte verbreitet hatten. [...] Nach den Erfahrungen des Tages X haben wir ein Plenum einberufen, auf dem eine Reihe von Schlüssen gezogen wurde, unter anderen wurde ein Antrag gestellt, leitende Positionen mit Autochthonen zu besetzen. Wir haben verschiedene Aktivisten aus der einheimischen Bevölkerung, und zwar sowohl Parteimitglieder als auch Parteilose, als Betriebsleiter vorgeschlagen“<sup>18</sup>. So brachte der Juni-Aufstand in der DDR der von den Behörden stets äußerst mißtrauisch behandelten autochthonen Bevölkerungsgruppe in Oberschlesien eine gewisse Vergrößerung ihrer Handlungsfreiheit.

Die Reaktion der polnischen Machthaber drückte sich insbesondere auch in einer Verstärkung der Propaganda aus. Die Betriebsbelegschaften wurden gezwungen, Briefe und Resolutionen an die Diplomatische Mission der DDR zu schicken, in denen sie Politik der DDR-Führung befürworteten. In den ersten vier Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes erhielt die DDR-Mission über 240 solcher Sendungen. Bis zum Abschluß dieser Aktion hatten sich 258 polnische Betriebe, hauptsächlich aus den Wojewodschaften Warschau, Lodz (Lodsch), Poznan (Posen) und Szczecin (Stettin), an ihr beteiligt. Daß dies allerdings ohne großen Eifer geschah, kann man z.B. aus einem Bericht der Mission über die Schreiben, die sie erhalten hatte, erfahren. Die Diplomaten aus der DDR teilten darin der Zentrale in Ost-Berlin mit, daß kein einziger Absender etwa um Anschriften von Betrieben in der DDR gebeten habe, um dort direkt seine Unterstützung auszudrücken. Eine gewisse Beunruhigung weckte auch der Mangel an Unterstützungsresolutionen gerade aus den bedeutenden Industrieanlagen des polnischen Sozialismus, wie z.B. der Hütte „Nowa Huta“ bei Krakau, der Boleslaw-Bierut-Hütte in Czestochowa (Tschenstochau) oder den Werften in Gdansk (Danzig) und Gdynia (Gdingen). Dies zeigte noch einmal sehr deutlich, daß die ganze Aktion von oben gesteuert und von den Belegschaften der polnischen Betriebe nur ungern realisiert wurde.

Die ersten staatlichen Massenfeierlichkeiten nach der Niederlage des Aufstandes in der DDR fanden in Polen am 22. Juli statt. Sie boten einen Anlaß, der polnischen Gesellschaft noch einmal den „wahrhaftigen“ Sinn der Ereignisse in der DDR

---

<sup>18</sup> AP Katowice, KW PZPR Katowice, Sign. 301/II/8. Protokoll nr 1 z posiedzenia Plenum Stalino-grodzkiego KW PZPR odbytego w dniu 20 lutego 1954 r. (Protokoll Nr. 1 der Plenarsitzung des Stalino-groder Wojewodschaftskomitees der PVAP am 20.02.1954)

vor Augen zu führen. In Stalinograd/Katowice, wo die zentralen Feierlichkeiten stattfanden, trat eine Gruppe von Darstellern mit der Parole „Haß auf den Imperialismus“<sup>19</sup> auf. Diese Gruppe präsentierte ein „plastisches Modell von Berlin (gefahren auf dem Wagen), eine lebensgroße, Konrad Adenauer darstellende Puppe, die Berlin anzünden will, hinter ihr die rüpelhaften Puppen der Kriegstreiber, die Adenauer aufhetzen. Neben dem Modell von Berlin [läuft] ein Arbeiter mit einem großen Hammer, um zu verhindern, daß Adenauer Berlin anzündet, neben dem Arbeiter weiterhin ein männliches Mitglied-FDJ mit einem roten Banner, sowie eine Gruppe von weiblichen FDJ-Mitgliedern. Sie zeigen auf eine stramme Gruppe von Jugendlichen, die die Kriegstreiber zerstreuen (sie tragen das FDJ-Banner in den Händen)“<sup>20</sup>. Um ihre Wirkung auf die Bevölkerung noch zu verstärken, gehörte zu den Feierlichkeiten eine Militärparade, die von Oberbefehlshaber General Konstanty Rokossowski empfangen wurde. Wie man am nächsten Tag urteilte, hätten die Feierlichkeiten zwar einen großen Eindruck auf der Bevölkerung gemacht, gleichzeitig beklagte man sich jedoch, daß es an „Kampfbereitschaft und Enthusiasmus bei den Teilnehmern“ gefehlt habe<sup>21</sup>.

Das Hauptinstrument der polnischen Propaganda waren allerdings die Massenmedien, primär die Presse. Über die Ereignisse in der DDR informierten sie erst verspätet und außerdem in entstellter Form. Das Zentralorgan der PVAP, die Tageszeitung „Trybuna Ludu“, veröffentlichte z.B. erst am 19. Juni die ersten Berichte aus der DDR. In ihnen wurde berichtet, daß es am 16. und 17. Juni in Ost-Berlin zu „Zwischenfällen und Krawallen [kam], die von Gruppen der bezahlter faschistischer Agenten verursacht und auch aus West-Berlin unterstützt wurden“. Ferner wurde berichtet, daß die Gruppen von Provokateuren, die sich zuvor an Überfällen und Plünderungen beteiligt hätten, bis zum Abend des 17. Juni überwältigt worden seien. Die Zeitung brachte auch eine Meldung über die Entführung des stellvertretenden DDR-

---

<sup>19</sup> AP Katowice, KW PZPR, Katowice, Sign. 301/IV/159, „Zalozenia tresci Politycznej Kolumny Mlodziejowej na 22 lipca w Stalinogrodzie“. Zalacznik do tego samego protokolu („Die inhaltlichen Voraussetzungen der politischen Jugendkolonne am 22.07.1953“. Die Anlage zum selben Protokoll).

<sup>20</sup> Ibidem.

<sup>21</sup> AP Katowice, KW PZPR Katowice, Sign. 301/V/185, Protokol z posiedzenia Sekretariatu KW PZPR w Stalinogrodzie odbytego w dniu 23 lipca 1953 r. (Sitzungsprotokoll des Sekretariats der Wojewodschaftskomitee der PVAP vom 23.07.1953).

Ministerpräsidenten Nuschke nach West-Berlin durch „faschistische Banditen“<sup>22</sup>. Artikel mit ähnlichem Inhalt erschienen auch in der Lokalpresse. Es gibt allerdings durchaus kleine Unterschiede in der Art und Weise, wie verschiedene polnische Zeitungen über die Vorgänge in der DDR berichteten: Die Parteipresse informierte über die für die Kommunisten ungünstige Ereignisse in der DDR nur auf der zweiten Seite, während die formal parteilosen Zeitungen, wie z.B. „*Slowo Polskie*“ in Breslau, diese Informationen schon auf der ersten Seite brachten.

In den nächsten Tagen erschienen dann einige Artikel, aufgrund derer der aufmerksame Leser sich durchaus einen Eindruck vom tatsächlichen Charakter der Ereignisse in der DDR verschaffen konnte. Am 20. Juni berichtete die „*Trybuna Ludu*“ über den Protest der Kommandanten der drei Westmächte in Berlin vom Vortag gegen den Einsatz der sowjetischen Streitkräfte in dieser Stadt. Dies war die erste offizielle Bestätigung einer Tatsache, die der Bevölkerung bis dahin nur aus den westlichen Sendern bekannt war: Der Aufstand war von den sowjetischen Streitkräften niedergeschlagen worden<sup>23</sup>. In derselben Ausgabe berichtete die Zeitung über die Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht, den „Organisator der Provokation“, Willi Götling, hinzurichten<sup>24</sup>. Auf diese Weise erfuhren die Leser von dem Terror, den die sowjetischen Truppen ausübten. Es fehlten aber genauere Informationen über das Ausmaß des Terrors.

In den polnischen Presseberichten wurde Material aus dem „Neuen Deutschland“ übernommen, in dem ein angeblicher „Plan X“ vorgestellt wurde. Dies sei ein Programm zur Destabilisierung der DDR, das von der näher nicht benannten „westlichen Agenturen“ entworfen worden sei. Die Ereignisse von Mitte Juni seien nichts anderes als die Umsetzung dieses Plans gewesen. In den nächsten Tagen wurde dieser Plan zum Hauptmotiv der auch der polnischen Propaganda. Außer über den

---

<sup>22</sup> Siehe ferner: *Fiasko prowokacyjnej awantury wywołanej w sektorze demokratycznym Berlina przez nasłanych agentów faszystowskich* (Das Scheitern der im demokratischen Sektor Berlins durch dorthin geschickte faschistische Agenten verursachten provokativen Krawalle), in: „*Trybuna Ludu*“ vom 19.06.1953; *Protest Rządu NRD przeciwko brutalnemu porwaniu wiceministra Otto Nuschkego* (Protest der DDR-Regierung gegen die brutale Entführung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke), in: „*Trybuna Ludu*“ vom 19.06.1953.

<sup>23</sup> *Przedstawiciele mocarstw zachodnich w Berlinie ponoszą główną odpowiedzialność za faszystowską prowokację* (Nur die Vertreter der westlichen Mächte in Berlin sind an der faschistischen Provokation schuld), „*Trybuna Ludu*“ vom 20.06.1953.

<sup>24</sup> *Komunikat wojskowego dowódcy radzieckiego sektora Berlina* (Kommunique des militärischen Oberbefehlshabers des sowjetischen Sektors von Berlin), „*Trybuna Ludu*“ vom 20.06.1953.

Austand und seinen Folgen wurde demonstrativ über die Stabilisierung der Situation in der DDR berichtet. Als wichtiges Anzeichen dafür erwähnte man die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben und die Wiederherstellung des Straßenverkehrs. In schnell einberufenen Versammlungen habe die Bevölkerung der DDR außerdem die „entehrende Provokation“ verurteilt<sup>25</sup>. Am 27. Juni wurde über auch in Polen stattfindende ähnliche Demonstrationen berichtet. Sie standen unter der Losung „Die faschistische Provokation in Berlin ist auch ein Anschlag auf die Oder-Neiße-Grenze, auf unsere Westgebiete“<sup>26</sup>. Auf diese Weise versuchte man, die Berliner Ereignisse mit der seit Jahren laufenden Propaganda für die polnische Westgrenze zu verknüpfen.

Die polnischen Zeitungen berichteten über den tatsächlichen Verlauf der Juni-Ereignisse in der DDR also zwar nur recht spärlich, aber der aufmerksame Leser konnte schon von den Massenstreiks, dem Einsatz der sowjetischen Truppen sowie der Erschießung von Verhafteten erfahren. Vielleicht bemühten sich die Journalisten, diese Informationen wegen ihres Berufsethos in die Presse zu schmuggeln, und die Zensur ließ sie – d.h. vor allem die Berichte über den Terror – drucken, um die polnische Gesellschaft einzuschüchtern und von ähnlichem Verhalten abzuhalten.

Die Anstrengungen der Parteipropagandisten, die darauf abzielten, der öffentlichen Meinung eine mit den Verlautbarungen der Partei konforme Interpretation der Juni-Ereignisse in der DDR aufzuzwingen, waren freilich nur teilweise erfolgreich. Die polnische Gesellschaft interessierte sich sehr für den Verlauf des Geschehens beim westlichen Nachbarn, und diskutierte sie. Es kamen sogar Versuche zur aktiven Unterstützung der DDR-Bevölkerung zum Vorschein.

Ein guter Beleg dafür, besonders in Zusammenhang mit dem oben erwähnten Rundschreiben des Ministers des MBP<sup>27</sup>, sind die Berichte des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit in der uns interessierenden Periode. Zwar gelang es mir zufällig, auch einige Tagesmeldungen aus der Wojewodschaft Breslau ausfindig zu machen,

---

<sup>25</sup> Siehe ferner: Ludnosc NRD potepia haniebna prowokacje faszystow w demokratycznym sektorze Berlina (Die Bevölkerung der DDR verurteilt die entehrende Provokation der Faschisten im demokratischen Sektor Berlins), in: „Trybuna Ludu“ vom 20.06.1953.

<sup>26</sup> Vgl. in: „Trybuna Ludu“ vom 27.06.1953. Die Belegschaft der Grube „Stalinograd“ warf die Losung: „Wir sind mit euch Gesossen aus der DDR im Kampf um die Erhaltung des Friedens!“. Zit. nach nach „Dziennik Zachodni“ vom 27.06.1953.

<sup>27</sup> Siehe Anm. 12.

aber die Hauptquelle an Informationen für die Reaktion der polnischen Gesellschaft bilden die Monatsberichte, die jeweils von den Chefs der Wojewodschaftsämter für Öffentliche Sicherheit erstellt wurden. Die Tagesmeldungen bildeten dabei die Grundlage zur Ausarbeitung der Monatsberichte, später wurden sie größtenteils vernichtet. Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Auswertung der Monatsberichte besteht allerdings darin, daß in ihnen meist keine exakten Tagesdaten genannt werden. Ich weiss zwar, daß alle beschriebene Vorkommnisse seit Mitte Juni stattfanden, aber ich kann ihre Entwicklungsdynamik meist nicht im Detail nachzeichnen. Dies gelang mir ausschließlich für Niederschlesien. Mir standen die Monatsberichte aus dem Juni der Wojewodschaftsämter für Öffentliche Sicherheit aus Kielce, Opole (Oppeln), Olsztyn (Allenstein) sowie Warschau zur Verfügung<sup>28</sup>. Für den Monat Juli verfüge ich über die Berichte aus Danzig, Lodz und Stettin<sup>29</sup>.

Die Wojewodschaftsämter für Öffentliche Sicherheit beobachteten vor allem die Verstärkung der Gerüchte und Diskussionen, vor allem bei der deutschen Minderheit im westlichen Polen und bei den oberschlesischen autochthonen Bevölkerung. Ihre Informationen über die Ereignisse in der DDR bezogen diese Gruppen aus Radiosendungen aus der Bundesrepublik Deutschland, die damals nicht gestört wurden. Sie erhielten auch zusätzliche Informationen aus der Korrespondenz mit Famili-

---

<sup>28</sup> Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji w Warszawie. Zespół: Gabinet Ministra MBP (Zentralarchiv des Ministeriums für innere Angelegenheiten und Verwaltung in Warschau. Bestand: Ministerkabinett des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, fortan CAMSWiA, Gabinet Ministra), Sign. 324. Sprawozdanie szefa WUBP w Kielcach mjr. J. Andrzejewskiego za miesiąc czerwiec 1953 (Bericht des Chefs des Wojewodschaftsamtes für Öffentliche Sicherheit, fortan WUBP, in Kielce, Major J. Andrzejewski, für den Monat Juni 1953); Sign. 210. Sprawozdanie zastępcy szefa WUBP w Łodzi mjr. Żelazko z pracy aparatu bezpieczeństwa publicznego województwa śląskiego za miesiąc czerwiec 1953 r. (Bericht des stellvertretenden Chefs des WUBP in Lodz, Major Żelazko, über die Arbeit des Apparates für Öffentliche Sicherheit in der Wojewodschaft Lodz für den Monat Juni 1953); Sign. 354. Sprawozdanie miesięczne szefa WUBP w Opolu mjr. J. Onacika za miesiąc czerwiec 1953 r. (Bericht des Chefs des WUBP in Oppeln, Major J. Onacik, für den Monat Juni 1953); Sign. 351. Sprawozdanie szefa WUBP w Olsztynie ppłk. K. Romaniuka za okres od 1 VI do 30 VI 1953 r. (Bericht des Chefs des WUBP in Allenstein, Oberstleutnant K. Romaniuk, für den Zeitraum vom 1.06. bis zum 30.06.1953); Sign. 215. Raport z przebiegu pracy operacyjnej UBP na m. st. Warszawę w miesiącu czerwcu 1953 r. (Bericht über den Verlauf der operativen Arbeit des Amtes für Öffentliche Sicherheit der Hauptstadt Warschau für den Monat Juni 1953).

<sup>29</sup> CAMSWiA, Gabinet Ministra, Sign. 202, Sprawozdanie szefa WUBP w Gdańsku ppłk. Ciecielaka za miesiąc lipiec 1953 r. (Bericht des Chefs des WUBP in Danzig, Oberstleutnant Cieslak, für den Monat Juli 1953); Sign. 210. Sprawozdanie szefa WUBP w Łodzi ppłk. Boreckiego z pracy aparatu bezpieczeństwa publicznego województwa śląskiego za miesiąc lipiec 1953 r. (Bericht des Chefs des WUBP in Lodz, Oberstleutnant Borecki, über die Arbeit des Apparates für Öffentliche Sicherheit in der Wojewodschaft Lodz für den Monat Juli 1953); Sign. 372. Sprawozdanie szefa WUBP w Szczecinie ppłk. K. Kotona za czas od 1 – 31 VII 1953 (Bericht des Chefs des WUBP in Stettin, Oberstleutnant K. Koton, für den Zeitraum vom 1. bis zum 31.07.1953).

enmitgliedern in Deutschland. In den Diskussionen überwog die Überzeugung, daß die Bevölkerung in der DDR gegen den Kommunismus eingestellt ist (Allenstein). Oft wurde über eine neue Kriegsgefahr gesprochen (Allenstein, Danzig), wobei aus den Berichten nicht hervorgeht, ob darüber mit Angst oder aber mit Hoffnung gesprochen wurde<sup>30</sup>. Als Gründe für den Aufstand wurde z.B. genannt: die Erhöhung der Arbeitsnormen (Kielce, Oppeln, Warschau), die Armut in der DDR (Allenstein, Oppeln), die niedrige Löhne (Oppeln), die Unfähigkeit der kommunistischen Machthaber, sich die Loyalität der DDR-Bewohner zu sichern (Allenstein) und die Abneigung gegen die sowjetische Okkupation (Warschau, Kielce, Oppeln). Es kamen auch Meinungen zum Vorschein, die eine einfache Übertragung der eigenen Probleme widerspiegelten, wie z.B., daß der eigentlichen Auslöser des Aufstandes die Kollektivierung gewesen sei (Breslau). Die Ereignisse in der DDR wurden des öfteren als „Revolution“ bezeichnet. In den meisten notierten Kommentaren wurde über die Vorfälle in Berlin gesprochen. Es gab jedoch auch solche, in denen geäußert wurde, daß der Protest ganz Ost-Deutschland umfaßte (Warschau, Breslau). Der Parteiapparat notierte im Kreis Rybnik (Oberschlesien) eine Äußerung, wonach „in Deutschland eine Revolution im Gang ist und es wohl nur eine Frage der Zeit ist, wann sie unser Gebiet erreicht“<sup>31</sup>. Es wurde behauptet, daß die sowjetischen Truppen bald die DDR verlassen (Allenstein). Alle Berichte notierten übereinstimmend, daß viel über die Niederschlagung des Aufstandes durch die sowjetischen Tanks diskutiert wurde. Man sprach von Hunderten von Toten (Allenstein), sogar von 2000 Toten (Oppeln). Das Amt für Öffentliche Sicherheit vermerkte Äußerungen, in denen die These der kommunistischen Propaganda, der Aufstand sei durch Agenten aus dem Westen ausgelöst worden, in Frage stellten (Oppeln).

Aufgrund der Berichte kann man allgemein feststellen, daß fast alle Sprecher die offizielle Version der Ereignisse, die durch die polnischen und die DDR-Massemedien unterbreitet wurden, bezweifelten. In den Berichten kann man auch eine gro-

---

<sup>30</sup> Über die unzähligen Gerüchte im Zusammenhang mit dem eventuellen Ausbruch eines Krieges, die zu dieser Zeit in Polen kursierten, siehe: Dariusz Jarosz, Maria Pasztof, *W krzywym zwierciadle. Polityka władz komunistycznych w Polsce w swietle plotek i poglosek z lat 1949–1956* (Im Zerrspiegel. Die Politik der kommunistischen Machthaber in Polen im Lichte der Gerüchte in den Jahren 1949–1956), Warszawa 1995, S. 54f.

<sup>31</sup> AP Katowice, KW PZPR Katowice, Sign. 301/V/183. T. Wojtaszewska, „Informacja z Komitetu Powiatowego Rybnik“, b.d. (Information aus dem Kreiskomitee in Rybnik von T. Wojtaszewska, ohne Datum)

Be Zahl von sehr genauen Angaben über die Ereignisse in Berlin finden, wie z.B. über die Demonstrationen auf den Berliner Straßen (Oppeln), über die Vorfälle, bei denen Sowjetflaggen heruntergerissen wurden (Oppeln), über das öffentliche Begräbnis von Personen, die von der DDR-Polizei erschossen worden waren. Als Zeichen der Trauer mit den Getöteten sei die Arbeit von allen Arbeitern in Ost-Berlin kurz unterbrochen worden (Allenstein). Es wurde über die Massenflucht der Bevölkerung der DDR in die Bundesrepublik (Allenstein, Oppeln), über die Flucht von DDR-Polizisten (Oppeln) und sogar von sowjetischen Offiziere (Warschau) berichtet.

Manche Einzelheiten, die in den Kommentaren des Sicherheitsdienstes zum Vorschein kamen, waren zwar falsch, klangen aber nicht unwahrscheinlich. In der Wojewodschaft Allenstein wurde beispielsweise die Behauptung notiert, daß den Berliner Arbeitern kein Lohn bezahlt worden sei. Dies sei auch der Grund für den Ausbruch des Aufstands gewesen. In Oppeln wurde davon gesprochen, daß der Chef des Sicherheitsdienstes der DDR getötet worden sei.

Das in den ausgewerteten Berichten am meisten erwähnte Gesprächsthema der Bevölkerung war das Gerücht, die Produktionsgenossenschaften in der DDR würden aufgelöst werden. In den Berichten des Sicherheitsdienstes wurde notiert, daß dies mit der Hoffnung verbunden war, daß entsprechendes auch in den anderen Ostblockstaaten passiert. In der Wojewodschaft Posen vermerkte das Sicherheitsdienst ein Gerücht, daß „nach den Berliner Vorfällen die Zwangsablieferungen von Getreide aufgehoben werden, um keine Unzufriedenheit bei den Bauern auszulösen“<sup>32</sup>. Darauf, wie groß diese Hoffnungen waren, weist eine Notiz hin, in der die Organisationsabteilung des ZK der PVAP das PB alarmierte, daß „in Zusammenhang mit dem Neuen Kurs in der DDR und in Ungarn die Kulaken feindlichen Sendern Informationen über die Auflösung der Produktionsgenossenschaften und die Aufhebung der Zwangsablieferungen in Polen zugespielt haben“<sup>33</sup>. Die Bewohner der Wojewodschaft Danzig waren davon überzeugt, daß die Deutschen in der DDR die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, solange noch alle Verhafteten in den Gefängnissen saßen. In Krapkowice (Krappitz) im Kreis Oppeln wurde davon gesprochen, daß die Streiks noch immer andauerten, und daß die ersten auf den Appell der DDR-

<sup>32</sup> D. Jarosz, M. Pasztor, op. cit., S. 39.

<sup>33</sup> AAN, KC PZPR, Sign. 1658. Notatka w sprawie plenarnych posiedzen KW odbytych w sierpniu b.r. [1953] (Notiz über die Plenarsitzungen des Wojewodschaftskomitees im August dieses Jahres [1953]).



Regierung hin aus dem Westen in die DDR zurückgekehrten Personen verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht worden seien, was von ähnlichen Aktionen abschrecken sollte.

In fast allen Berichten wird die Erwartung erwähnt, daß ähnlichen Proteste in Polen ausbrechen. Manche hofften auch, daß der Aufstand in der DDR der Anfang der Auflösung des ganzen kommunistischen Systems sein würde (Oppeln). Es wurde eine Äußerung notiert, daß die Berliner letztlich doch gewonnen hätten, weil sie die Regierung zur Wiederherstellung des privaten Handels und zur Abschaffung anderer Einschränkungen gezwungen hätten (Warschau). Diese Äußerung entsprach allerdings nur teilweise der Wahrheit. Eine gewisse Veränderung in den beim „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR angewandten Methoden, die dort nach den Juni-Ereignissen zustande kam, weckte in Polen auch Hoffnungen auf ähnliche Reformen im eigenen Land, zumindest auf die Abschaffung der Einschränkungen im privaten Handel (Warschau), vielleicht sogar auf die Wiederherstellung des Privateigentums insgesamt (Warschau).

Das Sicherheitsamt in Allenstein notierte, daß die zugewanderte Bevölkerung eine ähnliche Einstellung zu den Ereignissen in der DDR hatte wie die dortigen „Autochthonen“ vertrat. In Lidzbark-Warminski (Heilsberg) wurde die Meinung eines Polen vermerkt, daß Stettin an die DDR zurückgegeben werde, aber die Masuren trotz der Grenzveränderungen bei Polen bleiben würden. Bei den Autochthonen in Allenstein wurde hingegen eine Meinung notiert, daß das Gebiet Masuren nach „Deutschland zurückkehren“ werde. Ich habe auch eine Äußerung von einem Ukrainer gefunden, der ins Ermland übersiedelt worden war und aus dem ukrainischen Sender in Madrid über den Aufstand in der DDR erfuhr. Er erwartete, daß in der Ukraine eine Revolution ausbrechen werde und wollte sich daran sogar selber beteiligen. Manchmal wurde der Aufstand in der DDR im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei gesehen, wo Anfang Juni ebenfalls gestreikt worden war.

Die oben zitierten Berichte sagen sehr viel über die Stimmung in Polen aus, aber sie stellen nur ausgewähltes Material dar, in dem die einzelnen Ereignisse – die uns am meisten interessieren – nur zur Illustration vorgestellt werden. Die Verfasser der Berichte informieren nicht darüber, wieviel Fälle von Äußerungen einer Art jeweils

festgestellt wurden. Ich kann nur annehmen, daß in den Berichten nur die krassesten Beispiele genannt werden.

In den benutzten Dokumenten fand ich nicht nur Informationen über Kommentare und Diskussionen, sondern auch über – wenn auch sehr seltene – konkrete Tätigkeiten, die in Zusammenhang mit dem Aufstand unternommen wurden. So wurde etwa in der Zeche Nowa Ruda notiert, es bestehe bei der deutschen Jugend eine „Tendenz zum Verlassen der Arbeit“. Es wurde auch auf zwei Schlosser auf dieser Zeche hingewiesen, die angeblich die Arbeit verlangsamt hätten. In der Hütte Labendy, in einem heutigen Stadtteil von Gliwice (Gleiwitz), kam es zu einer mehrstündigen Unterbrechung der Arbeit. Der Parteiorganisator in der Stalin-Hütte in Gleiwitz berichtete nicht ohne eine gewisse Dramatik (und der Protokollführer notierte mit orthographischen Fehlern): „Wie sah die Berliner Frage auf unserem Gebiet aus?. Es schien, daß sie plötzlich kam. Es begann jedoch damit, daß irgendwo ein Hakenkreuz [!], später ein Dollar und oben drauf das hitlerische Hakenkreuz [!] erschien, dann fingen die Jungs an, HJ-Hosen zu tragen. Später begannen die Leute auf dem Weg zur Arbeit deutsch zu reden, nachher wollten sie keine Überstunden machen usw. Es kommen auch Briefe aus Berlin, und sogar mit Drohungen, und die Leuten haben Angst vor solchen Drohungen, was Einzelgespräche mit den Arbeitern deutlich gemacht haben. [...] Die Situation im Juni war so weit, daß man am letzten Sonntag [21.06. oder 28.06., Anm. des Verfassers] keine Arbeit für die Leute organisieren konnte. Als unser Betriebssender über die Berliner Frage zu sprechen begann, als die Presse darüber zu schreiben begann, kamen die Leute am Sonntag im Juli zur Arbeit. Es stellte sich heraus, daß Berlin ein Mißerfolg war“<sup>34</sup>. Auch andere Parteidokumente aus der Wojewodschaft Stalinogrod/Katowice (Kattowitz) beinhalten viele ähnliche Informationen. Feliks Kropidlo, der Parteiorganisator der Borek-Hütten in Bytom (Beuthen), sprach davon, daß die „Ereignisse des 17. Juni 1953 sich in den folgen Tagen bei der Belegschaft in einer ernsten Zunahme der Bummelei, in der Senkung der Produktionsergebnisse, in der demonstrativen Anwendung der deutschen Sprache an öffentlichen Orten ausdrückte“. Erst die „ruhige und entschiedene

---

<sup>34</sup> AP Katowice, KW PZPR Katowice, Sign. 301/II/16, „Protokol nr 3 z posiedzenia Plenum Komitetu Wojewodzkiego PZPR w Stalinogrodzie odbytego w dniu 13 sierpnia 1953 r.“ (Protokoll Nr. 3 der Plenumssitzung des Wojewodschaftskomitees der PVAP in Stalinogrod am 13.08.1953).

Haltung der Parteiorganisation durchbrach diese Situation“<sup>35</sup>. Zur einer größeren Streikwelle kam es schließlich nicht mehr.

Die Zeitungsredaktionen in Oberschlesien bekamen anonyme Briefe, in denen die Ereignisse in der DDR kommentiert wurden, und die ähnliche Äußerungen wie in ganz Polen beinhalteten. Ein anderes Beispiel einer direkten Tätigkeit kam bei Legnica (Liegnitz) zustande. Am 20. Juni wurde Albert Rychzygler, ein Deutscher aus Dzierzkowiece (Dürschwitz) im Kreis Liegnitz, wegen Verfassung und Verteilung von Flugblätter verhaftet. Die Meldung sagte nicht über den Inhalt aus, ich kann jedoch annehmen, daß er mit den Juni-Aufstand in der DDR in Zusammenhang stehen könnte. Die schwerwiegendste Tätigkeit, die am 2. Juli in einer Meldung aus Breslau notiert wurde, war eine von den in der Schleiferei in Swiebodzice (Freiburg) arbeitenden Deutschen organisierte Spendenaktion zur Unterstützung von Familien in Leipzig und Berlin. Wenn diese Information an den Sicherheitsdienst gelangt ist, kann ich annehmen, daß die finanzielle Hilfe nicht mehr an die Adressaten weitergegeben werden konnte. Trotzdem verdient diese Art der Betätigung besondere Aufmerksamkeit, weil sie von allen hier beschriebenen Reaktionen der polnischen Gesellschaft auf den Aufstand am schwerwiegendsten war. Diese Form der gesellschaftlichen Aktivität war für die Machthaber besonders gefährlich: Die Kommunisten hatten immer danach gestrebt, alle sozialen Bindungen aufzulösen, die sie selbst nicht organisiert hatten und/oder genau kontrollieren konnten. Vor allem die Opfer behördlicher Repressionen sollten allein gelassen werden. Die Organisation von Hilfsleistungen für die Verfolgten in der DDR war das erste Anzeichen dafür, daß die polnische Gesellschaft sich aus den Fesseln zu befreien begann. Drei Jahre später, im Herbst 1956, wurde in Polen dann eine große Hilfsaktion für die Opfer der sowjetischen Aggression in Ungarn organisiert.

Nach Meinung der WUBP in Oppeln stand es in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufstand in der DDR, daß 15 Mitglieder der Produktionsgenossenschaft in Dobra (Burgwasser) im Kreis Prudnik (Neustadt) gleichzeitig Anträge auf Entlassung aus der Genossenschaft und auf Rückgabe ihres Bodens stellten. Diese wurde dabei nur als ein Beispiel genannt. Der Verfasser des Berichtes, Major J. Onacik, deutete an, daß es viele solcher Fälle gegeben habe, und daß sich die Ereig-

---

<sup>35</sup> AP Katowice, KW PZPR, Sign. 301/II/8, „Protokol nr 1 z posiedzenia Plenum Stalinogrodzkiego KW PZPR odbytego w dniu 20 lutego 1954 r.“ (Protokoll Nr. 1 der Plenumsitzung des Stalinogroder Wojewodschaftskomitees der PVAP am 20.02.1954.)

nisse in der DDR hemmend auf die weitere Durchführung der Kollektivierung ausgewirkt hätten. Auch das WUBP in Lodz deutete an, daß nach dem Aufstand in der DDR in den Kreisen Rawa, Leczyca und Lowicz eine Zunahme des Widerstands gegen die Kollektivierung zu verzeichnen war. Wiederum in Breslau erwähnte der Sekretär Josef Ryngliszyn auf der Sitzung der Exekutive des KW PZPR am 17. Juli, daß – unter dem Einfluß der Ereignisse in der DDR und nach der Hinrichtung Berias – der „Feind tatsächlich begann, seinen Haupt zu erheben“, wobei er als Beispiel ein im Dorf Wilchkow (Herdhausen) südlich von Breslau notiertes Gerücht über die bevorstehende Auflösung der Produktionsgenossenschaften nannte<sup>36</sup>.

Die kommunistische Propaganda in Polen definierte den Charakter des Volksaufstandes in der DDR eindeutig und sehr aggressive. Den Kommunisten gelang es jedoch nicht, eine gesellschaftliche Akzeptanz für die offizielle Version der Ereignisse im Nachbarland zu erreichen. Trotz ihrer Isolierung und der staatlichen Steuerung des Informationsflusses erfuhr die polnische Gesellschaft vom tatsächlichen Verlauf der Vorgänge. Die Forderungen der Gesellschaft in der DDR wurden mindestens von einem Teil der Bewohner Polens akzeptiert. Die ausgewerteten Quellen weisen auf verschiedene Formen der Reaktion auf den Juni-Aufstand in der polnischen Gesellschaft hin. Die verbreitetste war ein intensives Hören westlicher Sender und die Weiterverbreitung und Kommentierung der so erhaltenen Informationen. Diese Kommentare hatten manchmal einen radikalen Charakter, sie beinhalteten auch Drohungen gegen die kommunistischen Machthaber. Die aus den Westsendern sowie aus anderen Quellen geschöpften Informationen wurden in Form von Gerüchten weiterverbreitet, in denen die Informationen über den tatsächlichen Verlauf manchmal stark übertrieben oder entstellt haben. In manchen Fällen konnte ich diese Informationen nicht verifizieren, in anderen weiss ich, daß sie frei erfunden waren. Es gab auch Gerüchte um bevorstehende Veränderungen des Grenzverlaufs; sie drückten dabei die Hoffnungen der einen und die Ängste der anderen aus. Jedoch war der Aufstand in der DDR nicht der eigentliche Grund für diese Beunruhigung unter der polnischen Bevölkerung. Wahrscheinlich war er eher nur der nächstbeste Vorwand zur Äußerung von der Mißstimmung bei der Bevölkerung. Eine andere Reaktion, von der in den Quellen

<sup>36</sup> AP Wroclaw, KW PZPR, Sign. 74/IV/46. Protokoll nr 28 z posiedzenia egzekutywy Komitetu Wojewodzkiego PZPR we Wroclawiu z dnia 17 lipca 1953 r. (Protokoll Nr. 28 der Sitzung der Exekutive des WK PZPR in Breslau am 17.07.1953). Über ähnliche Gerüchte, die auch in den anderen Teilen Polens kursierten, siehe ferner: Dariusz Jarosz, Plotka i pogloska w Polsce w latach 1949–1953 (Das Gerücht in Polen in den Jahren 1949–1953), in: „Wiadomosci Historyczne”, 1993, Nr. 4, S. 197, 202.

häufig die Rede war, war die Abnahme des Arbeitstempos. Die Erregung über die Ereignisse in der DDR und die Diskussion über ihren Verlauf konnten die Arbeitsproduktivität freilich auch kaum begünstigen.

In den ersten Wochen nach dem 17. Juni 1953 wurde in der bundesdeutschen Presse viel über angeblichen antisowjetischen Ausschreitungen in Polen geschrieben, die unmittelbar mit den Ereignissen in der DDR in Zusammenhang gestanden hätten. Laut der West-Berliner Tageszeitung „Nachtdepesche“ vom 22. Juni 1953 kam es an der deutsch-polnischen Grenze zu Kämpfen zwischen den „polnischen Partisanen“ und sowjetischen Grenzeinheiten<sup>37</sup>. Zwei Wochen später wurden Artikel publiziert, die noch detaillierter über „Kämpfe“ in Polen berichteten. Die „Bremer Nachrichten“ titelte: „Blutige Unruhen auch in Polen. Die Sowjets werfen Panzer an die Grenze – Partisanen und Deutsche gegen KP-Regime“<sup>38</sup>. Am 5. Juli meldete „Die Welt“, unter Berufung auf die West-Berliner Tageszeitung „Telegraf“, daß in Oberschlesien und in der Nähe von Warschau der Kriegszustand verhängt worden sei. Der Grund dafür seien Ausschreitungen gewesen, vor allem in Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Breslau, Chorzow (Hindenburg) und Raciborz (Ratibor). Um diese Ausschreitungen zu beenden, seien sowjetischen Einheiten aus Berlin herbeigeholt worden<sup>39</sup>. Gleichzeitig vermerkte die Zeitung aber, daß diese Informationen nicht bestätigt werden konnten. In Zabrze (Hindenburg) seien – wie eine Zeitung in Hessen berichtete – sogar 17 sowjetische Panzer gesprengt worden. In Krakau habe Selbstjustiz an Kommunisten stattgefunden. Auch diese Zeitung schrieb über Solidaritätsäußerungen der polnischen Bevölkerungen mit den Deutschen<sup>40</sup>. Ähnliche Artikel wurden auch in den folgenden Tagen veröffentlicht. Nach Meinung vieler Zeitungen kam es nach der Niederlage des Aufstandes in der DDR zum Ausbruch eines Aufstandes in Polen. Aus den Grenzgebieten hätten sich die Kämpfe dann auf das Innere des Landes, vor allem auf Oberschlesien, ausgedehnt.

---

<sup>37</sup> Polen sprengen Neiße-Brücke, in: „Fränkische Landeszeitung“ (Ansbach) vom 22.06.1953.

<sup>38</sup> Vgl. Blutige Unruhen auch in Polen. Sowjets werfen Panzer an die Grenze – Partisanen und Deutsche gegen KP-Regime, in: „Bremen Nachrichten“ (Bremen) vom 5.07. Siehe ferner auch Blutiger Aufruhr auch in Polen. Sowjets entsandten 700 Panzer. Bürger und Bauern erheben sich gegen die Moskauer Gewaltherrschaft, in: „Allgemeine Zeitung“ (Mainz) vom 5.07.1953 sowie Unruhen in Polen, in: „Die Tat“ vom 5.07.1953.

<sup>39</sup> Schwere Unruhen in Polen?, „Die Welt“ (Hamburg) vom 6. Juli 1953.

<sup>40</sup> Der polnische Aufstand, „Hessische Nachrichten“ vom 6. Juli 1953.

Die Reaktion der polnischen Propaganda erfolgte am 6. Juli. An diesem Tag veröffentlichte die „Trybuna Ludu“ ein Dementi unter einem denkwürdigen Titel: „Alberne Lügen, die ihre Urheber und Kolporteure lächerlich machen“. Der Meldungen der westlichen Presse über einen angeblichen Ausrast in Polen und über die Verhängung des Kriegszustandes wurde heftig widersprochen<sup>41</sup>. Am selben Tag veröffentlichte „Dziennik Polski - Dziennik Zolnierza“ – eine polnische Emigrationszeitung, die in London gedruckt wurde – einen Artikel mit ganz ähnlichem Inhalt: „Es gab keine Kämpfe, auch keinen Kriegszustand“<sup>42</sup>. Der Autor beschränkte sich nicht nur auf die Richtigstellung der Informationen aus den westdeutschen Zeitungen, sondern überlegte, wer an einer Verbreitung solcher Gerüchte über Polen ein Interesse haben könnte. Nach seiner Meinung stammten sie aus zwei Quellen: aus der deutschen Agentur „Telegraf“ sowie aus einer Organisation von Exilrussen (sogen. Weißrussen) Norodnyj Trudowoj Sojuz (Verband für Volksarbeit). Der Journalist der „Dziennik Polski“ bemerkte, daß der angebliche Ausrast eigenartigerweise nicht die großen Industriezentren ergriffen, sondern sich ausschließlich auf die sogenannten „wiedergewonnen Gebiete“, d.h. die ehemaligen deutschen Ostgebiete konzentriert habe. Die Parolen der Demonstranten, vor allem die „Solidarität der polnischen Arbeiter mit den Berlinern“, hielt auch er für frei erfunden. Sehr reserviert stand auch die polnische Sektion von „Radios Free Europe“ in München den sensationellen Enthüllungen der westlichen Presse gegenüber<sup>43</sup>.

Die Gerüchte, die in verschiedenen deutschen Zeitungen veröffentlicht wurden, waren sicherlich Ergebnis der Überzeugung, daß der Ausbruch eines Ausrastes in einem der von der UdSSR dominierten Ländern eine Art Kettenreaktion auslösen und auch auf andere Länder übergreifen müsse. Polen schien als Schauplatz des nächsten Ausrastes am naheliegendsten. Es kam dann in Polen auch wirklich zum Ausrast gegen die kommunistischen Machthaber – aber erst drei Jahre später. Dies bedeutete jedoch nicht, daß der Ausrast in der DDR, was ich in meinem Referat deutlich machen wollte, kein Echo in Polen gehabt hätte. Es löste eine wichtige

---

<sup>41</sup> Bzdurne klamstwa, które osmieszają ich autorów i kolporterów (Alberne Lügen, die ihre Autoren und Austräger lächerlich machen), in: „Trybuna Ludu“ vom 6.07.1953.

<sup>42</sup> Nie było walk, ani stanu wojennego (Es gab keine Kämpfe, auch keinen Kriegszustand), in: „Dziennik Polski. Dziennik Zolnierza“ (London) vom 6.07.1953.

<sup>43</sup> Jan Nowak-Jeziorański, Wojna w eterze. Wspomnienia (Der Kampf im Äther. Erinnerungen), B. 1, 1948-1956, Kraków 1991, S. 131.

Veränderung der allgemeinen Stimmungslage aus, gab Anlaß zu Diskussion und zum Vergleich der Situation in den beiden Staaten, manchmal auch zu aktiver Betätigung. Es gab zwar eine Reihe derartiger Versuche, aber nicht alle wurden vom Sicherheitsdienst wahrgenommen. Darüber schweigen auch die von uns analysierten Quellen. Zusätzliche Materialien könnten vielleicht noch Interviews mit Zeitzeugen bringen. Sicherlich wurde der Aufstand in der DDR durch die polnischen Machthaber sowohl auf der zentralen als auch auf der lokalen Ebene aufmerksam registriert, was große Beunruhigung und eine gesteigerte Wachsamkeit gegenüber ähnlichen Entwicklungen im eigenen Land zur Folge hatte.

Seit Frühling und Sommer 1953 erschöpfte sich die Geduld der Polen mit dem System erkennbar, vor allem die aufgezwungene Zustimmung zu den Zugeständnissen. Es entwickelten sich die ersten Symptome der Bereitschaft, den Kampf mit dem kommunistischen System aufzunehmen. Sie waren noch nicht klar erkennbar, und niemand wußte, mit welchen Mitteln dieser Kampf geführt werden konnte. Die in den 40er Jahren im Widerstand angewandten Kampfmethoden hatten sich als ineffektiv erwiesen, andere waren indessen noch nicht bekannt. Es sollten noch einige Jahre vergehen, bis sich erfolgreiche Formen dieser Opposition herausbilden konnten. Im Juni 1953 zeigten sich nur die ersten Impulse, die in diese Richtung wiesen. Sie sind dennoch beachtenswert, weil sie den zaghaften Anfang, das ersten Anzeichen der späteren Ereignisse in Polen darstellen.

Die dargelegten Materialien ermöglichen uns, die schwierige Situation der polnischen Gesellschaft zu Anfang der 50er Jahre besser zu verstehen. Die Allgegenwärtigkeit des Sicherheitsdienstes, die Kontrollen, die Verhaftungen, die Beschlagnahme des Eigentums der Bauern – dies waren Angelegenheiten, die sich jeden Tag wiederholten. Zu diesen Maßnahmen kam die unverfrorene Indoktrination, die Informationsblockade, die brutale Ausbeutung der Arbeitskraft bei gleichzeitiger Verschwendung ihrer Ergebnisse. Außerdem spürten die Polen, deren Land sich in Innern des sozialistischen Blocks befand, die Gefahr, die von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ausging. Alle denkbaren Initiativen aus der Bevölkerung waren daher, so schien es, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die polnischen Reaktionen auf die Ereignisse in der DDR werfen auch Licht auf das Verhältnis Polens zu seinem westlichen Nachbarstaat. Allein die Tatsache, daß der Sicherheitsdienst in Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen 1953 keine

negativen Äußerungen der Polen gegenüber den revoltierenden Deutschen oder keine Gefühle der Befriedigung wegen ihrer Niederlage notiert hat, ist betonenswert. Dies könnte darauf hinweisen, daß die dramatischen Erfahrungen der Polen aus dem Zweiten Weltkrieg das nüchterne und sogar wohlwollende Verhältnis zu ihren westlichen Nachbarn nicht getrübt haben.

Es scheint, daß die ausgewerteten polnischen Materialien in wesentlichen Teilen eine Lücke schließen, die bisher in der Fachliteratur über den Juni-Aufstand klaffte. Sie weisen außerdem darauf hin, daß der Volksaufstand in der DDR nicht nur eine innerdeutsche Dimension besaß, sondern zumindest in einigen Ländern Ost- und Mitteleuropas ebenfalls Reaktionen hervorgerufen hat.